

Kommunalaufsicht bestraft Ratsmitglieder mit Nachsitzen:

Stadtrat muss erneut über Etat befinden

Die am 12. Dezember gegen die Stimmen der DKP beschlossene Haushaltsatzung für das Jahr 2007 hat bei der kommunalen Aufsichtsbehörde keine Gnade gefunden. Der Haushalt wurde als „nicht genehmigungsfähig“ zurückgewiesen, weil die „bereinigten Ausgaben des Verwaltungshaushaltes 2007“ um mehr als 1 Prozent gegenüber dem Vorjahr höher lagen. Dadurch, so die Kommunalaufsicht, ergebe sich für die Stadt die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssanierungsplanes.

Dieser Sanierungsplan ist allerdings nicht erforderlich, weil die Verwaltung inzwischen nachgewiesen hat, dass durch eingetretene Veränderungen der Ausgabenzuwachs auf das vorgeschriebene Maß beschränkt werden kann. Allerdings muss die Haushaltsatzung in korrigierter Fassung erneut

zur Abtimmung gestellt werden. Am Mittwoch wird der Stadtrat die geforderte „Strafarbeit“ sanktionieren

Für die DKP-Fraktion ergibt sich aber keine Kursänderung, wir bleiben bei unserem Nein zur Haushaltssatzung. Obwohl sich durch rigorose Verminderung der Ausgaben und etliche Mehreinnahmen der Verwaltungshaushalt um rd. 2,55 Millionen Euro verbessert und das jahresbezogene Defizit um 1,5 Mio. reduziert wird, bleibt zum Ende des Jahres ein Fehlbetrag von voraussichtlich 29,8 Millionen Euro übrig, ein enormer Betrag!

Nach wie vor ist es der Stadt nicht möglich, sich aus dem finanziellen Abgrund herauszuschaffen und eine schrittweise Gesundung der städtischen Kasse zu erreichen. Deswegen ist auch eine politische Neuorientierung unverzichtbar.

Nach 35 Jahren endlich wieder ein Riesenerfolg:

KSV jetzt Mannschaftsmeister im Ringen



Hunderte Zuschauer kamen am 4. März vor das Püttlinger Rathaus, wo Fans des KSV Köllerbach (kleines Foto) den spektakulären Erfolg als ‚Deutscher Mannschaftsmeister im Ringen 2007‘ mit einem großen Plakat bejubelten.



Ostermarsch 2007



Ostersamstag, 7. April

11.00 Uhr ab Johanneskirche Saarbrücken

US-Gotteskrieger Bush nimmt jetzt den Iran ins Visier und das Morden in Irak und Afghanistan geht weiter. Die Bundeswehr soll dabei Hilfsdienste leisten, indem deutsche Tornados wichtige Informationen für Luftangriffe und Bodenoperationen der NATO-Truppen im Süden Afghanistans liefern. Dies bedeutet eine klare Beteiligung an Kampfhandlungen und kostet weitere Millionen. Seit 1992 haben die weltweiten Einsätze der Bundeswehr bereits über zwei Milliarden Euro verschlungen. Dagegen ist Protest angesagt, beim Ostermarsch 2007.

Wenn ein SZ-Redakteur zum Ritter von der traurigen Gestalt mutiert:

Die Schere im Kopf des Marco Reuther

Es geht um das Schwimmbad in Heusweiler. Dort hat der Gemeinderat mit den Stimmen von CDU, FDP und NÖL beschlossen, keine Mittel für die dringend notwendige Sanierung bereitzustellen. Damit ist die Schließung des Bades in absehbarer Zeit vorprogrammiert. Anlass für diese Entscheidung war die prekäre Finanzlage, denn im Heusweiler Verwaltungshaushalt ist Ende 2007 ein Defizit von rund 17,6 Millionen Euro zu erwarten. Die leere Gemeindekasse in der Nachbarkommune führt also zu verschärfter Sparpolitik, wie wir das auch in Püttlingen kennen. Wir hätten keinen Anlass gehabt, diesen Vorgang aufzugreifen, wenn SZ-Redakteur Marco Reuther darauf verzichtet hätte, dem Püttlinger Stadtrat einen Seitenhieb zu verpassen.

In der Debatte des Heusweiler Gemeinderates war darauf hingewiesen worden, dass eine Sanierung des Bades unbedingt notwendig sei, weil sonst die örtlichen Vereine nicht wüssten, wo sie hin sollen und kein Heusweiler Kind mehr schwimmen lernen könne; schließlich hätte sich auch das stärker verschuldete Püttlingen eine teure Sanierung seines Hallenbades geleistet

Dieses Argument passte Marco Reuther nicht in den Kram, weshalb er in einem Kommentar am 3. März unserem Stadtrat quasi eine Ohrfeige verpasste: „Die Püttlinger Räte können sich eine Scheibe davon abschneiden, dass in Heusweiler FDP, NÖL und schließlich auch die CDU den beachtlichen Mut fanden, sich unbeliebt zu machen“.

Es hat doch nichts mit Mut zu tun, wenn sich Gemeinderäte dem allgemeinen Trend der Politik anschließen, bei Problemen immer nur Maßnahmen zu Lasten der „einfachen Leute“ zu beschließen. Seit Jahrzehnten ist das nun so.

Immer weiterer Sozialabbau (darum geht es bei der Schließung eines öffentlichen Bades!) hat nichts mit ‚Mut zu unpopulären Maßnahmen‘ zu tun. Das ist allenfalls Dummheit oder mindestens Resignation und Alternativlosigkeit. In keinem Fall ist es ein Vorgang, von dem sich die Püttlinger ‚eine Scheibe abschneiden‘ könnten. Zum Glück hat der Püttlinger Stadtrat schon seit vielen Jahren wichtige Investitionen in das Trimmtreff vorgenommen, die Anlage auf den neusten Stand gebracht



und dafür gesorgt, dass unseren Vereinen und den Bürgern diese unverzichtbare Freizeiteinrichtung erhalten bleibt.

Man muss sich allerdings fragen, warum Marco Reuther nicht auf den Gedanken kommt, das viel benutzte Argument von den ‚leeren Kassen‘ einmal zu hinterfragen. Offensichtlich ist die Sprachregelung, dass kein Geld da sei, schon so tief verwurzelt, dass die Schere im Kopf des Journalisten kritisches Denken nicht mehr zulässt.

Rd. 82 Miard. Euro Steuerausfälle hatte der Bund durch die 2001 in Kraft getretene Steuerreform innerhalb drei Jahren. Die Mehrwertsteuererhöhung wäre überflüssig gewesen, hätten die Großkonzerne nicht so kräftig kassiert. Das private Geldvermögen hat sich von 1991 bis 2004 auf 4,1 Billionen Euro mehr als verdoppelt. Die jetzt geplante nächste Stufe der Unternehmenssteuerreform sieht einen Verzicht auf rd. 8 Milliarden Euro vor, bei gleichzeitigen Rekordgewinnen der Konzerne. Müntefering begründet den Einnahmeverzicht mit „Wettbewerbsdruck“. Seine Meinung: „Eine kurzzeitige Delle bei den Staatseinnahmen (...) muss man hinnehmen“. Die Bundesregierung kommt also den Konzernen entgegen. Und die Bundeswehr, die seit 1992 schon neun Milliarden Euro für Auslandseinsätze ausgegeben hat, soll weitere Mittel bekommen. Weil zu viel Geld falsch ausgegeben wird, fehlen die Mittel in den Kommunen! Auch Journalisten sollten einmal den Mut haben, diese Tatsachen zu durchdenken und daraus zu lernen.



Trotz etlicher Anschläge gab es „nur 18 Tote“ zu beklagen. So schrieb die SZ am 9. 2.07 in einem Beitrag über den Einsatz von 3000 deutschen Soldaten in Afghanistan. Das könnte sich bald ändern, denn eine Mehrheit des Bundestages hat am 9. März der Entsendung von Tornados in den Süden Afghanistans zugestimmt. Obwohl Abgeordnete warnten: „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in etwas hineinrutschen...“, folgt die Bundesregierung der US-Politik in Afghanistan. Längst ist erwiesen, dass die Strategie der militärischen Eskalation zum Scheitern verurteilt ist. Der Tornado-Einsatz zur Übermittlung von Zieldaten für NATO-Bombardements trägt unmittelbar zur Kriegführung bei, die viele unschuldige, zivile Opfer fordert und damit völkerrechtswidrig ist.

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen · Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Geisbergstraße 12 · Eigendruck

Die Rentenbetrüger der Großen Koalition lassen nicht locker:

Mehr Altersarmut ist vorprogrammiert

Monatelange Proteste von Gewerkschaften, Sozialverbänden und den Betroffenen selbst haben die Abgeordneten der Großen Koalition nicht davon abgehalten, am 9. März im Bundestag für die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre zu stimmen. Kaltschnäuzig setzten sich 408 Abgeordnete von CDU/CSU und SPD über alle Einwände der Opposition hinweg und knickten vor den Forderungen von Kabinett und Unternehmerverbänden ein. Mit verlogenen Argumenten und leeren Versprechungen versuchten die „Volksvertreter“, ihr arbeiterfeindliches Tun zu kaschieren. Doch der weitere Sozialabbau ist unübersehbar.

Die neue Regelung zur Anhebung des Rentenalters von derzeit 65 auf 67 Jahre soll für die Jahrgänge ab 1964 gelten und schrittweise bis 2029 realisiert werden. Angeblich soll damit der Anstieg des Rentenbeitrages gedämpft werden. In Wirklichkeit ist das aber nur ein Vorwand, um der **systematischen Rentenkürzung** Vorschub zu leisten.

Schon im Juli 2005 konnte man in der SZ die Schlagzeile lesen: „Die meisten Saar-Firmen wollen niemanden über 50 einstellen“. Bekannt ist auch, dass drei Viertel aller Beschäftigten das „normale“ Rentenalter nicht erreichen. Deswegen ist es dreiste Verlogenheit, wenn Arbeitsminister Müntefering als Ausweg die besondere Förderung älterer Arbeitnehmer verspricht, und das bei vier Millionen Arbeitslosen.

Im Übrigen ist es auch böswillige Irreführung, wenn Regierungsvertreter behaupten, die „demografische Entwicklung“ und die „immer längeren Rentenbezugszeiten“ dürften nicht ignoriert werden, deswegen sei die Rente ab 67

notwendig. Denn die Verschiebung der Alterstruktur ist gar nichts Neues:

Vor 100 Jahren kamen auf einen 65-jährigen noch zwölf Erwerbstätige. 1950 waren es sieben, heute sind es vier. Der demografische Wandel wurde dennoch bewältigt, und zwar durch Steigerung der Arbeitsproduktivität. Durch verbesserte Maschinen und Arbeitsabläufe konnten immer mehr Produkte hergestellt werden. Bei kürzerer Arbeitszeit und immer höheren Einkommen.

Die deutsche Sozialversicherung hat Weltkriege und Wirtschaftskrisen überstanden und alle demografischen Veränderungen seit ihrem Bestehen immer bewältigt. Gleiches ist auch in Zukunft möglich, wenn...

Nicht die Verschiebung der Altersstruktur ist das eigentliche Problem, sondern die Art und Weise, wie die Gesellschaft damit umgeht. Zusätzlicher Reichtum durch größere Produktivität schlägt sich bislang hauptsächlich in den Kassen der Unternehmen nieder. Die Bosse wollen ihren Anteil immer mehr ver-



Rente 67: Diebesgrüße aus Berlin!

größern, während die Lohnabhängigen zunehmend geschröpft werden. Hier muss endlich was geändert werden.

Im Grunde ist es pervers, wenn Abgeordnete skrupellos einer Rentenverschlechterung zustimmen, obwohl sie selber Versorgungsansprüche haben, für die sie nie eigene Vorsorgeleistungen erbringen mussten. Nur acht Jahre Zugehörigkeit zum Bundestag genügen, um einen monatlichen Rentenanspruch von 1.682 Euro zu haben. Würde Minister Müntefering nach 4 Jahren Amtszeit in Rente gehen, wären ihm 7.700 Euro als Pension sicher. Da kann man anderen gut Verzicht predigen!

Auch wenn der Bundestag mit seinem Votum für die „Rente ab 67“ eine verhängnisvolle Entscheidung getroffen hat, darf der Kampf gegen die reaktionäre Berliner Politik nicht eingestellt werden. Im Gegenteil.

DIW-Präsident Klaus Zimmermann hat schon vor Wochen erklärt, dass wir „auf Dauer die Rente mit 70 brauchen“ (SZ vom 5.1.07). Es soll also weitergehen mit dem Raubbau an den Renten. Deshalb gilt auch künftig der Spruch: „Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!“

Tolle Aussichten für die Rentner:

Weiterhin Nullrunden

Für 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner soll es nach Angaben von Herbert Rische, Präsident der Deutschen Rentenversicherung, insgesamt fünf Jahre bei „Nullrunden“ bleiben. Aber dann, im Jahre 2009, könnten die Renten um 0,2 (im Westen) bzw. knapp 0,3 Prozent (im Osten) steigen. Bei einer Rente von 1.100 Euro würde die Steigerung zwischen 2,20 bis 3,30 Euro im Monat ausmachen.



Am 26. Januar wurde das neue Servicebüro der Stadt Püttlingen durch Bürgermeister Speicher offiziell übergeben. Diese Einrichtung wurde von der DKP-Fraktion ausdrücklich unterstützt und steht nun den Bürgerinnen und Bürgern zur Erledigung vieler Angelegenheiten im Rathaus zur Verfügung.

Mit Kinderbetreuung am Nachmittag ist es noch nicht getan:

Bedeutung „echter“ Ganztagschulen

Der Saarbrücker Bildungsexperte Peter Balnis (Foto) hat im ersten Teil seines Beitrages, den wir in der letzten Ausgabe veröffentlichten, Gründe genannt, warum die Ganztagschule immer stärker auf Zuspruch stößt. Dabei muss allerdings beachtet werden, dass der Begriff „Ganztagschule“ weit gefasst ist. So waren von knapp 2.800 Ganztagschulen im Jahre 2004 etwa 90 Prozent „offene Ganztagschulen“. Es geht dabei im Grunde nur um die Ergänzung von ansonsten unveränderten Halbtagschulen durch zumeist kostenpflichtige Betreuungsangebote für einige Kinder am Nachmittag. Mit „Betreuungsschulen“ - so müsste man die offenen Ganztagschulen eigentlich nennen - ist wenig geholfen. Sie können vorhandene Probleme weiter verschärfen, indem sie die pädagogische Qualität des Nachmittagsangebotes von der finanziellen Lage der Eltern abhängig machen. Balnis wörtlich:

Ganztagschulen können die an sie gestellten Erwartungen nur erfüllen, wenn alle Schüler einer Schule den ganzen Tag gemeinsam miteinander verbringen, wenn also der Ganztagsbetrieb für die jeweilige Schule für alle verbindlich ist, und wenn sie von einem fundierten Konzept ganztägiger Bildung getragen werden. Bildungspolitisches Ziel muss also die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen in verbindlicher Form sein. Davon sind wir noch weit entfernt.

Kernelemente einer ganztägigen Bildung

Der pädagogische Kern von Ganztagschulen besteht darin, dass sie Leben und Lernen miteinander verbinden, dass der Tagesablauf dem Lebensrhythmus von Kindern und Jugendlichen entspricht und dass alle Aktivitäten und Freiräume in einem konzeptionellen Zusammenhang zueinander stehen. Dem liegt ein gegenüber Halbtagschulen umfassenderes Bildungsverständnis zu Grunde.

Bildung ist mehr als der Erwerb von Qualifikationen und Kompetenzen, die auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden, ist mehr als ein Katalog akkumulierten Wissens, ein Kanon von Inhalten, über den man verfügen muss, um als gebildeter Mensch zu gelten. Bildung ist Aneignung von geistigen, kulturellen und lebenspraktischen Fähigkeiten. Sie ist ein aktiver Prozess der Entwicklung der Persönlichkeit und ihrer Sozialisation und dient dem Ziel einer eigenständigen Lebensführung, der sozialen und politischen Teilhabe an der Gesellschaft sowie der Verwirklichung beruflicher Ansprüche und Erfordernisse.

Menschen eignen sich Bildung auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlichen Zusammenhängen an. (...) Wichtige Erfahrungen und Kompetenzen eignen sich Kinder und Jugendliche außerhalb formeller Unterrichtsprozesse an. Sie brauchen deshalb an Ganztagschulen außerunterrichtliche Erfahrungs- und Bildungsmöglichkeiten. Sie müssen dort erleben, dass das, was ihnen im Alltag wichtig ist, auch einen Platz in der Schule hat und mit formellen Lernprozessen im Unterricht verbunden ist. In den praktischen Erfahrungen von Ganztagschulen und in der pädagogischen Debatte kristallisieren sich dafür bestimmte Kernelemente ganztägiger Bildung heraus.

Ganztagschulen müssen die unterschiedlichen Bildungszugänge stärker berücksichtigen. Es ist Wert zu legen auf einen häufigen Wechsel der Sozialformen im Unterricht.

Praktisches Erproben ist wichtig

Projektarbeit, Werkstätten und Labore zur Vertiefung einzelner Fachbereiche, fächerübergreifende und/oder epochal angelegte Aktivitäten, Exkursionen sowie praktisches Erproben des Gelernten gehören zu den formellen Bildungsangeboten an Ganztagschulen. Charakteristisch ist, dass der Unterricht selbst immer wieder geöffnet und nicht mit formellen und informellen Lernsituationen verknüpft wird. Das macht die Besonderheit des Unterrichts an Ganztagschulen aus.

Förderung groß schreiben

Ganztagschulen brauchen Fördermaßnahmen für schwächere und für stärkere Schüler, Fördermaßnahmen zur



Verbesserung der Leistung in einzelnen Fächern als auch Maßnahmen zur Förderung übergreifender Lernkompetenzen. Über den kognitiven Bereich hinaus müssen Schüler in den manuellen, sozialen und emotionalen Bereichen ihrer Persönlichkeitsentwicklung gefördert werden.

Wenn Pädagogen länger mit Schülern zusammen sind und sie in unterschiedlichen Situationen erleben, werden Stärken und Schwächen deutlicher sichtbar, aber auch Ansatzpunkte zur Motivation und gezielter Forderung. So können auch eher Lebensbewältigungsprobleme, die hinter auftretenden Lernproblemen stehen, besser wahrgenommen und bewältigt werden.

Verantwortung stärken

Gerade weil das Leben an Ganztagschulen weit mehr als Unterricht umfasst, brauchen Kinder und Jugendliche mehr Rechte, das Schulleben mit zu bestimmen. Deshalb muss Wert darauf gelegt werden, Schülern Verantwortung für bestimmte Bereiche des Schulalltags zu übertragen und ihnen die Möglichkeit zu geben, sie nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Ihre Interessenvertretung muss stärkeres Gewicht bekommen und eigenverantwortliches gesellschaftliches und politisches Handeln - z. B. die Bewegung „Schule ohne Rassismus“ oder Solidaritätsaktionen - müssen ihren Platz haben.

Es handelt sich hierbei um echte Aufgaben, um ein Lernen in der Realität und nicht nur durch Vermittlung. Durch eigenverantwortliches Handeln können Schüler eigene Ideen entwickeln, Vorhaben gemeinsam planen und

durchführen, aus Fehlern lernen und dabei ihre Kompetenzen entfalten.

Schüler lernen nicht nur nach Plan, sondern auch voneinander im alltäglichen Zusammenleben. An Ganztagschulen muss auf informelle Bildung, auf ungeplantes Lernen großer Wert gelegt werden.

Schüler brauchen auch notwendige Freiräume

Und sie brauchen „pädagogikfreie Zonen“, in denen sie untereinander in Kontakt kommen, Geselligkeit pflegen, Beziehungen aufbauen und Freundschaften schließen, miteinander leben, voneinander lernen, Regeln des Zusammenlebens ausprobieren und Grenzen erfahren.

An Ganztagschulen gibt es oft auch spezielle Einrichtungen zur Bewältigung von Konflikten, z. B. wöchentlich eine Klassenratsstunde, um Probleme in der Klasse miteinander zu besprechen. Es gibt Mediatorengruppen. Das sind Kinder und Jugendliche, die darin ausgebildet wurden, in Konfliktfällen zu vermitteln und Konfliktlösungen zu finden, mit denen beide Seiten leben können. Die Fähigkeit, Konflikte zu bewältigen, ist eine wichtige soziale Kompetenz, die an Ganztagschulen besonders gebraucht wird, aber auch besonders gut erlernt werden kann.

Diese Kernelemente ganztägiger Bildung müssten an allen Ganztagschulen zu einem Gesamtkonzept verbunden und verwirklicht werden. Daran hapert es aber noch vielerorts. In der Praxis herrscht ein Aneinanderreihen von Versatzstücken ohne Bezug zueinander vor - je nach dem, was man vor Ort gerade günstig bekommen kann.

Genügend und gut ausgebildete Fachkräfte

An Ganztagschulen erweitert sich die Berufsrolle von Lehrkräften. Sie begegnen Schülern in ganz unterschiedlichen Situationen. Die Schüler-Lehrer-Beziehungen sind an Ganztagschulen intensiver als an Halbtagschulen. Lehrer können ihre Schüler besser einschätzen und mehr pädagogische Möglichkeiten entdecken.

An Ganztagschulen arbeiten in der Regel auch sozialpädagogische Fachkräfte. Sie sind unverzichtbar, um



Wie die SZ am 10.2.07 meldete, liegt der Anteil der Schüler, welche ohne Abschluss die Hauptschule verlassen, im Saarland mit 8,42 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Immer mehr Eltern und Erzieher plädieren für eine Änderung des Bildungssystems, wobei verstärkt die Ganztagschule als Regelschule gewünscht wird. Das bestärkt die DKP in ihrer Forderung, die Schule Ritterstraße so bald wie möglich in eine echte Ganztagschule umzugestalten.

Schulen zu ganztägigen Lern- und Lebensräumen für alle Kinder und Jugendliche zu gestalten. Sie bereichern Schulen durch spezifische Bildungsleistungen der Jugendhilfe, durch sozialpädagogische Sichtweisen und Konzepte sowie durch professionelles sozialpädagogisches Handeln.

An Ganztagschulen haben Schüler auch viele, oft intensive Kontakte mit nichtpädagogischem Personal. Mit dem Hausmeister, den Leuten vom Kiosk oder dem Sekretariat usw. finden manche Schüler eine Gesprächsbasis, auf der sie wichtige Anregungen, Ermutigung und Bestätigung erfahren.

Es ist gängige Praxis, Fachleute von Außen in die Schule zu holen oder sie gemeinsam mit Schüler/Innen aufzusuchen (Künstler, Handwerker, Facharbeiter oder auch Eltern, die über besondere Fähigkeiten und Erfahrungen verfügen). Die Begegnung mit Erwachsenen ohne pädagogische Vermittlung ist ein spezifisches Merkmal von Ganztagschulen.

Ganztagschulen leben also davon, dass sie durch multiprofessionelle Teams gestaltet werden. Für die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Professionen bedarf es geregelter Ko-

operationsstrukturen. Die sind aber in der Praxis völlig unterentwickelt.

Auf dem Weg zum Ganztagschulwesen sind noch viele Vorurteile zu überwinden sowie grundsätzliche bildungspolitische Fragen zu klären.

Ganztagschule oder Betreuungsschule - das ist hier die Frage!

Eine bildungspolitische Grundsatzentscheidung zum Thema Ganztagschule ist notwendig. Entweder wird der bisher vorherrschende Weg einer additiven Ergänzung von Halbtagschulen durch nachmittägliche Betreuungsangebote fortgesetzt, oder es findet ein genereller Übergang zu einem Ganztagschulwesen statt - mit allen Konsequenzen. Ich plädiere für das zweite.

Der Übergang zu einem Ganztagschulwesen wäre ein bedeutender bildungspolitischer Reformschritt. Es gibt gewachsene Chancen, ihn durchzusetzen. Nötig ist politischer Druck, damit diese Chancen nicht durch Billiglösungen und Stückwerk vertan werden.

Wenn Seine Hoheit, der Bezirksschornsteinfeger, Probleme mit den Kunden hat:

Ordnungsamt droht zu schnell mit amtlichen Maßnahmen

Manche Leute sehen im Schornsteinfeger einen „Glücksbringer“, über dessen Anblick sie Freude empfinden. Es gibt aber auch schwarze Männer, die unguete Gefühle bei Mitbürgern auslösen können. Nicht immer erweisen sich Schornsteinfeger als zuvorkommende Dienstleister, wie Beispiele zeigen.

Ende November 2006 erreichte die Anlieger eines Anwesens in der Erbachstraße ein Schreiben des Ordnungsamtes. Danach sollen die Betroffenen „dem Bezirksschornsteinfeger den Zutritt zu Ihrem Anwesen verweigert und die Kehrung (...) nicht ermöglicht“ haben. Den Anliegern wird Gelegenheit eingeräumt, sich mit dem Schornsteinfeger wegen Terminabsprache in Verbindung zu setzen, andernfalls...

Obwohl die Betroffenen den Vorwurf der ‚Verweigerung‘ bestreiten und sich zu Unrecht angegriffen fühlen, schreiben sie an den Kaminfeger und unterbreiten diesem einen Terminvorschlag. Drei Wochen hören sie nichts, dann flattert ein Zettel des Kaminfegers in den Briefkasten, mit einem anderen Termin. Da die Betroffenen zu diesem Zeitpunkt verhindert sind, geht noch einmal ein Brief an den Schornsteinfeger mit zwei

Ersatzzeiten in den Abendstunden und am Wochenende.

Prompt kommt einige Tage später ein Schreiben des Ordnungsamtes: Es sei nicht Aufgabe des



Auch dem Meister sollte einleuchten, dass man sich um Kunden bemühen und nicht gleich nach Amtshilfe rufen muss!

Bezirksschornsteinfegermeisters, ständig besondere Termine für das Kehren auszumachen. Vielmehr müsse der Hauseigentümer „dem Schornsteinfeger den Zutritt jederzeit während der üblichen Arbeitszeit“ ermöglichen.

Allerdings, was die „übliche Arbeitszeit“ ist, geht weder aus dem amtlichen Schreiben noch aus einer Mitteilung des Schornsteinfegers hervor. Außerdem sollte das Ordnungsamt doch zur Kenntnis nehmen, dass es auch

Hausbesitzer gibt, die nicht jederzeit in der Lage sind, dem Schornsteinfeger ihre Referenz zu erweisen. Dann muss auch ein Kaminkehrer bemüht sein, sich im Sinne guter Kundenbetreuung mit den Betroffenen zu verständigen!

Ähnliches ist im letzten Dezember auch dem Eigentümer eines Hauses in der Weiherbergstraße passiert. Plötzlich kommt da ein Schreiben des Ordnungsamtes mit der Androhung von Sanktionen, weil der Schornsteinfeger angeblich schon zwei Mal gehindert worden sei, die Feuerungsanlage zu kontrollieren. Dass die Hausklingel kaputt war und der Schwarze Mann zumindest hätte versuchen müssen, einen Zettel zu hinterlegen, scheint der Kaminfeger gar nicht überlegt zu haben. Hauptsache, die gesetzliche Ordnungskeule wird geschwungen.

Jetzt hat die DKP das Thema aufgegriffen. In einem Schreiben an Bürgermeister Speicher wird ausdrücklich

betont, es gebe keinen Dissens darüber, dass Feuerungsanlagen regelmäßig zu überprüfen sind und diese Aufgabe dem verantwortlichen Bezirksschornsteinfegermeister obliegt. Fraglich sei allerdings, ob es sinnvoll ist, dass die Ortspolizeibehörde gleich mit amtlichen Maßnahmen droht, wenn der Kaminfeger ein- oder mehrmals vergebens bei einem Kunden vorstellig wird und dabei niemanden erreicht.

Etwas mehr Gelassenheit ist angebracht

Wir meinen: Der Schornsteinfegerbetrieb ist ein privates Unternehmen, das sich mit seinen Kunden einvernehmlich über das Notwendige zu einigen hat. Nur dann, wenn Betroffene sich böswillig weigern, den Kaminkehrer seine Arbeit machen zu lassen, sollte die amtliche Hilfe einsetzen.

Der Kunde kann vom Schornsteinfeger ein Höchstmaß an Entgegenkommen erwarten, bevor der Amtsschimmel in Trab gesetzt wird und sich das Ordnungsamt zum Hilfsinstrument privater Unternehmer einspannen lässt.

Überlegungen zu einem aktuellen Thema:

Die neue Linkspartei und die DKP

Kürzlich fand eine Veranstaltung mit Oskar Lafontaine in Köllerbach statt, wo mitgeteilt wurde, dass die Linkspartei in Püttlingen einen Ortsverein gründen will. Der DKP-Fraktionsvorsitzende war in besagter Versammlung dabei, um sich zu informieren. Uns ist es schließlich nicht gleichgültig, was im linken Spektrum vor sich geht.

Politisch handelt es sich, wie von der DKP eingeschätzt wird, um ein linksreformistisches Parteiprojekt, das für friedenspolitische, soziale und bürgerlich-demokratische Reformen steht. Oskar Lafontaine macht keinen Hehl daraus, dass es ihm um die Schaffung einer politisch links erneuerten sozialdemokratischen Partei geht.

Viele von der SPD Enttäuschte und vor allem gewerkschaftlich orientierte Kolleginnen und Kollegen sehen in der Linkspartei eine Alternative. Es ist durchaus

positiv, wenn sich zunehmend mehr kritische Kräfte gegen die Rechtskurs der Großen Koalition organisieren.

Der Wahrheit halber muss festgehalten werden, dass sich die DKP von der Linkspartei in weltanschaulichen Positionen, im Parteienverständnis, in der Programmatik, im Verständnis von Reform und Revolution und teilweise auch in der praktischen Politik stark unterscheidet. Das hindert uns aber nicht daran, aktiv für eine Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Linken unterschiedlicher Orientierung einzutreten.

Auch in Püttlingen gilt: Die DKP beteiligt sich an der Entwicklung der Diskussion zwischen linken Parteien, Organisationen und anderen antikapitalistischen Linken. Uns geht es darum, dass die Zusammenarbeit gefördert wird, um gemeinsame Forderungen und Initiativen für eine neue Politik durchzusetzen.



Die DJK Püttlingen feiert in diesem Jahr ihr 85jähriges Bestehen, wie Vorsitzender Robert Altmeyer (Foto: links) beim traditionellen Neujahrsempfang im vereinseigenen Clubheim erklärte. Franz Hertel von der DKP-Stadtratsfraktion erwähnte bei dieser Gelegenheit, dass es im Juli d.J. 25 Jahre her sind, als die DKP ihr erstes Fußballturnier im Espenwald ausgetragen habe. Es waren dann insgesamt 20 Fußball/Waldfeste, die auf der Sportanlage des DJK durchgeführt wurden und stets großen Zuspruch fanden. Franz Hertel dankte der DJK für die jahrelange gute und faire Zusammenarbeit, er überreichte dem Vorsitzenden als besondere Anerkennung einen Originalball von Real Madrid mit den Namenszügen der Fußballer dieses legendären Proficlubs.

DKP-Fraktion nimmt neuen Anlauf im Stadtrat:

Diskussion über alternative Energien gefordert

Schon im vergangenen Jahr hatte das DKP-Stadratsmitglied **Fritz Kuhn** vorgeschlagen, im Stadtrat eine Grundsatzdiskussion über den Einsatz alternativer Energien in der Stadt Püttlingen zu führen. Hierzu sollten versierte Fachleute eingeladen werden, die über Möglichkeiten, Chancen und Risiken des Einsatzes solcher Energien informieren können. Leider ist dazu bislang nichts geschehen.



In der Sitzung vom 14. Februar brachte Fraktionsvorsitzender Hertel den DKP-Vorschlag wieder in Erinnerung und bat die Verwaltung um baldige Durchführung einer entsprechenden Diskussion. Bürgermeister Speicher sagte zu, für eine gesonderte Sitzung des Werks-

ausschusses ausgewiesene Fachleute zu dieser Thematik einzuladen.

Gerade in der gegenwärtigen Situation, wo der UNO-Klima-Bericht weltweite Reaktionen ausgelöst hat und täglich neue Schlagzeilen über den Klimaschutz die Gemüter bewegen, ist es brandaktuell, sich stärker mit dieser Problematik zu beschäftigen.

Uns ist klar, dass wir in Püttlingen die Probleme nicht lösen können und dass vor allem die kapitalistische Produktionsweise mit dem Ziel möglichst hoher Profitmaximierung eine Hauptursache der sich anbahnenden Klimakatastrophe ist. Dennoch sind wir gehalten, auch in unserer Stadt Überlegungen anzustellen, wie wir durch Energieeinsparung und verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien etwas zum Umweltschutz beitragen können.

Kurz und knapp

Die SZ-Lokalausgabe Köllertal hält längst nicht das, was bei der Neuordnung der Zeitung versprochen wurde. Oft wird erst mit großer Verspätung über örtliche Ereignisse berichtet und die Qualität der Artikel lässt vielfach zu wünschen übrig. Ärgerlich sind aber Meldungen, die nicht den Tatsachen entsprechen. Letztes Beispiel (16.2.): In einem Bericht über die Marktsatzung, bei der es im wesentlichen um redaktionelle Änderungen und Anpassung an eingetretene Realitäten ging, heißt es: „In Püttlingen findet der Wochenmarkt auf dem Kardinal-Maurer-Platz statt, und zwar **an jedem Donnerstag**...“ Dabei weiß jedes Kind, dass der Püttlinger Wochenmarkt jeweils montags und freitags stattfindet. Auch wenn die SZ da Verwirrung stiftet!

*

Der KSV Köllerbach hat die deutsche Mannschafts-Meisterschaft im Ringen errungen. Nach 35 Jahren ist damit zum vierten Mal ein so großartiger Sieg gelungen. Dazu gratuliert die DKP-Ratsfraktion den Köllerbacher Ringern ganz herzlich. Was uns darüber hinaus imponiert, ist die hervorragende Jugendarbeit, die vom Verein geleistet wird. So hat der KSV mit den D- und B-Jugendlichen bei den Landesmeisterschaften im Freistilringen in Gersweiler acht Erstplatzierte stellen können und die Bilanz in 2007 auf 32 Meistertitel im Jugendbereich erhöht. Das ist super!

*

Der FV 08 Püttlingen „verfügt derzeit über 17 Jugendmannschaften und ist auf Spielgemeinschaften mit anderen Vereinen nicht angewiesen“, ist kürzlich in einer Mitgliederversammlung des Fußballvereins im Clubheim Jungewald mitgeteilt worden. Vorsitzender Raubach sprach in der Versammlung die Hoffnung aus, dass der Verein nun „die Talsohle durchschritten“ hat und sich verstärkt den Zukunftsaufgaben widmen kann. Dabei rückt das hundertjährige Bestehen des Vereins in den Mittelpunkt. Nächstes Jahr wird das Jubiläum groß gefeiert.

Plötzlich überschlagen sich die Debatten zum Klimaschutz:

Nicht immer sind es lautere Absichten

Am 2. Februar wurde der vierte UN-Klimabericht auf einer Pressekonferenz in Paris vorgestellt. Danach wird bis zum Jahr 2100 der weltweite Temperaturanstieg zwischen 1,1 und 6,4 Grad Celsius betragen. Das sind allerdings Wahrscheinlichkeitsaussagen, nicht alle Bedingungen sind voraussagbar. Aber auch ein Temperaturanstieg von „nur“ 1,1 Grad hätte gravierende Auswirkungen. Vielfach wird jetzt Weltuntergangsstimmung verbreitet, Vorschläge überschlagen sich und Pläne werden diskutiert. Aber nicht alles, was lauthals propagiert wird, lässt auf lautere Absichten schließen.

Klimaforscher sind sich einig: Für die zunehmende Erwärmung seit Mitte des 20. Jahrhunderts ist der Mensch mit verantwortlich. Der industrielle Fortschritt wurde durch rücksichtslose Ausbeutung aller Ressourcen der Erde erreicht. Der vermehrte Ausstoß von Treibhausgasen (Kohlendioxid, Methan u.a.) durch Industrie und Landwirtschaft, aber auch Rückkopplungseffekte durch Wärmeabgabe (Industrie, Haushalte, Verkehr) haben natürliche Prozesse massiv verstärkt.

Im 1997 ausgehandelten Kyoto-Protokoll hatten sich die Industriestaaten zu einer Senkung ihrer Treibhausgase bis 2012 um fünf Prozent im Vergleich zu 1990 verpflichtet. **Die USA boykottierten das Anfang 2005 in Kraft getretene Protokoll. Andere (z. B. Deutschland) setzen die Beschlüsse nur halbherzig**

um. Die schnelle wirtschaftliche Entwicklung Indiens und Chinas hat die Bilanz nicht verbessert.

Alle, die jetzt das „Handeln der Weltgemeinschaft“ einklagen und es bei den Analysen dabei bewenden lassen, dass „wir“ oder ganz allgemein „der Mensch“ für diese Klimakatastrophe verantwortlich seien, verhalten sich ziemlich verantwortungslos. Die angesichts des UNO-Klimareports geradezu wahnwitzig anmutende Kontroverse zwischen der EU-Kommission einerseits und der deutschen Regierung sowie Automobilindustrie andererseits über das von Brüssel verlangte Einhalten der vereinbarten CO₂-Reduzierung belegt ganz klar, wo der eigentliche Verursacher steckt: Es ist das auf kurzfristige Kapitalverwertung angelegte Prinzip der Profitvermehrung. Dafür haben Ka-

Vorankündigung:

Früh-Linksfest 2007



**Samstag, 9. Juni - ab 14 Uhr
Fischerhütte im Kesselfeld**

pital und Militär schon große und kleine Kriege riskiert und dabei Leichenberge und Massenvernichtungslager in Kauf genommen. Da werden auch die natürlichen Grundlagen allen irdischen Lebens aufs Spiel gesetzt.

Wenn jetzt gepredigt wird, jeder müsse „mit seinem persönlichen Verhalten“ einen Beitrag gegen den Klimawandel leisten und dabei hauptsächlich über Geschwindigkeitsbeschränkungen, neue Abgasfilter und ähnliche Maßnahmen geredet wird, die vornehmlich den „kleinen Mann“ betreffen, dann wird klar, dass es keineswegs um lautere Absichten geht.

Regierung und Kapital wollen sich auch künftig schadlos halten: Raubbau an Ressourcen, Vergiftung von Erde, Wasser und Luft sollen weiter hingenommen werden, Kriegseinsätze in aller Welt, die der Umwelt besonders zusetzen, sollen nicht in Frage gestellt werden. Dass bedeutet: Angesichts der vor der Menschheit stehenden Probleme wird es letztlich nicht ohne grundlegende Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Bewohner dieser Welt gehen.

Senioren-Vereinigung der Stadt Püttlingen:

Das riecht stark nach Hochstapelei

„Der Staat, das bin ich“, sagte einst Napoleon, und in abgewandelter Form gibt es ähnliche Denkformen immer noch, etwa so: „Püttlingen, das sind wir - die CDU“. Deswegen kommt es nicht von ungefähr, dass die Christdemokraten alles, was von der Stadt u. in der Stadt geleistet wird, als ‚ihren‘ Erfolg reklamieren. Zudem lässt die Unionsmehrheit auch keine andere Meinungen im Stadtrat hochkommen. Was die Opposition beantragt, wird von der CDU-Mehrheit rigoros abgeblockt, denn, siehe oben: „Wir sind ja die Stadt!“

Wen wundert es da, dass die frühere ‚CDU-Senioren-Union‘ jetzt als „Senioren-Vereinigung der Stadt Püttlingen“ firmiert? (siehe SZ vom 30. Januar 2007). Bis heute gibt es dazu keine Korrektur, weder in der Tagespresse noch im Öffentlichen Anzeiger, für den die Stadt zuständig ist. Denn eine „Senioren-Vereinigung der Stadt“ gibt es nicht. Franz Hertel (DKP) hat jetzt im Hauptausschuss diesen **Mißbrauch** des Namens Stadt, der ziemlich nach Hochstapelei riecht, kritisiert und eine öffentliche Richtigstellung verlangt.

CDU-Senioren-Union Püttlingen gibt es in ihrer bisherigen Form nicht mehr. Nun heißt sie Senioren-Vereinigung der Stadt Püttlingen. Der Grund: Der Landesvorsitzende wollte zu...